UiD
CDU-Informationsdienst
Union in Deutschland
Bonn, den 10. November 1994
36/1994

Deutschland erneuern – Zukunft sichern

Um deutlich zu machen, daß nach den letzten vier Jahren, in denen die Vollendung der inneren Einheit das zentrale Thema war, die Erneuerung des vereinten Deutschlands im Mittelpunkt unserer Politik der nächsten vier Jahre steht, lautet das Motto des 6. Parteitages am 28. November in Bonn: „Deutschland erneuern — Zukunft sichern".

Nach einer Sitzung des Bundesvorstandes am 7. November erklärte Generalsekretär Peter Hintze auf einer Pressekonferenz im Konrad-Adenauer-Haus:

Im Mittelpunkt des Parteitages steht der politische Bericht unseres Vorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, und die Aussprache darüber. Neben den Wahlen zum Präsidium und Bundesvorstand wollen wir uns der Frage zuwenden, wie wir eine stärkere Berücksichtigung von Frauen bei Ämtern und Mandaten erreichen können.

Hierzu führte der Generalsekretär im einzelnen weiter aus:

Der Bundesvorstand hat nach ausführlicher Diskussion grünes Licht für einen Grundsatzbeschluß auf dem Bonner Parteitag gegeben.

Nach einem entsprechenden Satzungsbeschluß auf dem 7. Parteitag im Jahr 1995 soll mindestens ein Drittel der Parteiämter und Mandate in der Union für Frauen zur Verfügung stehen. Diese Regelung soll ab der Kreisverbandsebene gelten.

(Fortsetzung auf Seite 3)

HEUTE AKTUELL

Jahrestag
Bundeskanzler Helmut Kohl: Niemand wird die Bilder vom 9. November 1989 vergessen. Seite 2
Bundespräsident Roman Herzog: Dank und Anerkennung für die Menschen im Osten unseres Landes. Seite 3

Sozialdemokraten
Generalsekretär Peter Hintze: De-facto-Koalition der SPD mit den SED-Nachfolgern in Magdeburg. Seite 6

Junge Union
Deutschlandtag in Berlin: Aufbruch mit neuen Gesichtern. Seite 8

Europa
Alfred Dregger: Der Weg ist frei für eine Zusammenarbeit in einem Europa des Friedens. Seite 12

Wahlrecht
Unbegründete Aufregung um Überhangmandate. Seite 16

Dokumentation
Christliche Demokraten und Gewerkschaften. Unsere Grundsätze, unsere Kollegen. Grüner Teil

Niemand wird diese Bilder vergessen

Erklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl am 9. November zum Jahrestag der Öffnung der Mauer in Berlin

Vor fünf Jahren, am 9. November 1989, wurden die innerdeutsche Grenze und die Sektorengrenze in Berlin geöffnet. An diesem denkwürdigen Tag fiel die Mauer, die mehr als 28 Jahre lang Symbol der widernatürlichen Teilung Deutschlands und Europas gewesen war, und mit ihr fiel kurze Zeit später auch das SED-Regime. Die Ereignisse in der damaligen DDR und insbesondere in Berlin veränderten das Gesicht Deutschlands und Europas.

Die ganze Welt schaute an diesem Tag auf unser Land. Millionen wurden Zeugen des historischen Ereignisses. Niemand wird die Bilder jener Stunden vergessen, als die Menschen am Brandenburger Tor und in ganz Berlin ihre Freude über die Aussicht auf Freiheit und Einheit zum Ausdruck brachten. Der Mut und der Freiheitswille der Deutschen in der früheren DDR waren eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß die friedliche Revolution von 1989 Erfolg hatte.

Allen Deutschen wurde mit dem Fall der Mauer und kurz darauf mit dem Ende der kommunistischen Herrschaft in Ostdeutschland die einmalige Chance eröffnet, gemeinsam ein Leben in Frieden und Freiheit zu führen. Wir Deutschen müssen uns jetzt der Freiheit würdig erweisen. Dazu gehört vor allem die Absage an jegliche Form von politischem Extremismus und ideologisch begründeten Wahrheits- und Machtansprüchen.

Die Wunden, die die kommunistische Diktatur im östlichen Teil unseres Vaterlandes hinterlassen hat, verheilen nur langsam. Umso weniger dürfen wir es zulassen, daß die geistigen und politischen Nachfolger derer, die für die Mauer verantwortlich waren, sich heute

zu Interessenvertretern der Menschen in den neuen Ländern ernennen. In Wahrheit geht es diesen Kräften darum, die Vollendung der inneren Einheit zu behindern, Ängste zu schüren und die Deutschen in Ost und West gegeneinander aufzuhetzen.

Der heutige Tag mahnt uns, in unserer Wachsamkeit gegenüber den Feinden der Demokratie nicht nachzulassen. Die Erinnerung an die Öffnung der Mauer ist immer auch eine Aufforderung an alle Deutschen, Freiheit, Menschenrechte und Demokratie zu bewahren und zu verteidigen. ■

Dank und Anerkennung für die Menschen im Osten unseres Landes

Bundespräsident Roman Herzog hat am 9. November folgende Erklärung abgegeben:

Heute, am 9. November jährt sich zum fünften Male der Tag der Maueröffnung. Das ist mir Anlaß, Dank und Anerkennung den Menschen im Osten unseres Landes auszusprechen, die gegen die diktatorische Gewalt aufgestanden sind und sich ihre Freiheit friedlich erkämpft haben.

Ohne ihre Hoffnung, ihren Freiheitswillen und ihren Mut wäre uns das Geschenk der deutschen Einigung nicht beschieden gewesen. Die Frauen und Männer der Bürgerbewegung und die vielen, die sich ihnen anschlossen, haben etwas Einmaliges in unserer Geschichte vollbracht, auf das alle Deutschen stolz sein können.

Trotz mancher nicht oder noch nicht erfüllter Erwartungen an die Einheit unseres Volkes sollten wir die Freude nicht vergessen, mit der die Menschen vor den Augen der Welt die Mauer überwunden haben.

Wenn wir den Blick mit der gleichen Leidenschaft und der gleichen Entschlossenheit auf die Bewältigung der noch anstehenden großen Aufgaben der deutschen Einheit richten, ist mir um die gemeinsame Zukunft der Deutschen nicht bange.

(Fortsetzung von Seite 1)

Von dieser Reform soll das Signal ausgehen, daß mehr Frauen mehr Chancen in der Union haben. Wir versprechen uns davon einen wichtigen Schub für die Stärkung unserer Union und halten es für ein zentrales Element der Parteireform.

Nach welchem Fahrplan wollen wir vorgehen, und was sollen die Regelungsinhalte sein?

Wir wollen in der Bundesvorstandssitzung am 27. November einen entsprechenden Beschlußantrag verabschieden, damit der Parteitag hierüber abstimmen und einen politischen Grundsatzbeschluß fassen kann.

Dann soll die Diskussion in der Partei erfolgen, und zwar in allen Gremien, Gliederungen und Vereinigungen. Der Parteitag 1995 soll schließlich einen verbindlichen Satzungsbeschluß mit der von den Statuten dafür vorgesehenen Mehrheit fassen. Mit diesem Parteitagsbeschluß würden dann die neuen Regelungen in Kraft treten.

Mit dem Beschluß verbunden soll eine Erprobungsklausel sein. Das heißt: Der Beschluß, den der Parteitag 1995 fassen wird, soll bis zum 31. Dezember 1999 gelten, so daß für alle Wahlen für Parteiämter und Mandate mindestens **ein** Aufstellungsverfahren nach dem neuen System stattgefunden hat und wir 1999 auf der Grundlage eines Berichts des Generalsekretärs darüber entscheiden können, ob es eine Fortsetzungsregelung gibt, die möglicherweise andere Elemente enthält, oder ob diese Regelung wieder entfallen kann.

Wir haben verschiedene Fragen diskutiert, die in einem solchen Verfahren geregelt sein sollen. Als unseren Vorschlag stellen wir zur Diskussion, bei innerparteilichen Wahlen für Vorstandsämter und

Delegierte den Weg über das Quorum zu wählen.

Dieser Weg ist in unserer Satzung bereits verankert. Er sichert, daß ein regionaler Ausgleich bei Vorstands- und Delegiertenwahlen stattfindet. Wir wollen nun, daß das, was bisher für den regionalen Ausgleich gedacht ist, in Zukunft durch eine Ergänzung der Quorumsbestimmung auch für die gerechte Beteiligung von Frauen und Männern gilt, daß nämlich ein Drittel der Stimmen für Kandidatinnen abgegeben werden muß.

Bei Listenmandaten soll die Regelung auf das Vorschlagsrecht der hierzu berechtigten Vorstände oder Nominierungskommissionen zielen. Sie sollen durch die Satzung angehalten werden, mindestens für jeden dritten Platz eine Frau vorzuschlagen.

Wir waren uns im Bundesvorstand darüber einig, diesen Weg zur Diskussion zu stellen. Wir sind auch für andere Wege offen, allerdings nur für solche, von denen zu erwarten ist, daß sie das angestrebte Ziel durch verbindliche Regelungen erreichen.

Generalsekretär Peter Hintze: Ich vertrete diesen konkreten Vorschlag auch deshalb, weil ich glaube, daß wir nach den Erfahrungen, die andere Parteien mit den bei ihnen gültigen Quotenregelungen gemacht haben, einen eigenen Weg gehen sollten.

SPD am Scheideweg

Wir beobachten kritisch die Aufweichungstendenzen der sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Richtung PDS. Die SPD steht jetzt am Scheideweg.

Die Sozialdemokraten tragen eine große Verantwortung für die Wiederherstellung des Konsens der Demokraten gegen Radikale von links und rechts. Wir beobachten mit Interesse, ob Herr Scharping seinen kräftigen Worten aus den letzten Tagen auch Taten folgen läßt. Manche Stimmen aus der Mitte der SPD lassen aber anderes befürchten.

Wir sind der Auffassung, daß gerade jetzt, nachdem der Bundestagswahlkampf vorbei ist, die Sozialdemokraten sich besinnen und ihr Verhältnis zur PDS nicht nur durch Worte, sondern auch durch Taten klarstellen sollten. ■

Bilder tiefer Freude und menschlicher Herzlichkeit

Zum fünften Jahrestag des Falls der Mauer am 9. November erklärte Generalsekretär Peter Hintze:

Mit dem Fall der Mauer am 9. November 1989 begann der Siegeszug der Freiheit für alle Deutschen. Über vier Jahrzehnte war die Berliner Mauer nicht nur ein Teil der unmenschlichen Grenze zwischen Ost und West. Sie war weltweit das Sinnbild der gewaltsamen Trennung der Deutschen. Die Bilder der Nacht vom 9. November 1989, als vor genau fünf Jahren die Mauer fiel, gehören zu den bewegendsten und schönsten in der deutschen Geschichte. Wir verdanken sie den mutigen Frauen und Männern, die gegen die Diktatur in der DDR aufstanden.

Am 9. November 1989 hat der Freiheitswille der Menschen in der ehemaligen DDR gesiegt. Es waren nicht zuletzt diese Bilder der tiefen Freude und menschlichen Herzlichkeit, die unsere Nachbarn und Partner davon überzeugt haben, später auch der staatlichen Wiedervereinigung Deutschlands zuzustimmen.

Arbeitsmarktzahlen im Oktober

Im Oktober 1994 ist die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland auf insgesamt 3,447 Millionen Personen gesunken, das sind 46.000 weniger als im Vormonat.

Arbeitsmarkt im Westen

Im Westen Deutschlands waren Ende September 1994 2,446 Millionen Menschen (Quote 7,9 Prozent) arbeitslos. Dies sind 6.000 weniger als im September 1994. Dies sind jedoch immer noch 88.000 mehr als im Oktober 1993. Damals lag die Arbeitslosenquote bei 7,6 Prozent.

Die Zahl der Erwerbstätigen hat sich im September 1994 gegenüber August 1994 um 298.000 erhöht. Das entspricht in etwa der jahreszeitlichen Belebung.

Die Wende am Arbeitsmarkt wird durch den starken Rückgang der Kurzarbeiterzahlen deutlich. Vor einem Jahr war die Kurzarbeiterzahl noch viermal so hoch wie heute.

Die Zahl der offenen Stellen war um 22,4 Prozent höher als vor einem Jahr. Dies ist sowohl ein Ergebnis der günstigeren Konjunktur als auch einer Verlagerung der Aufgaben innerhalb der BA von der Mißbrauchsbekämpfung zur Stellenvermittlung.

Arbeitsmarkt im Osten

Im Osten Deutschlands waren Ende September 1994 1,001 Millionen Menschen (Quote 13,3 Prozent) arbeitslos. Das sind gut 40.000 weniger als im September 1994. Verglichen mit September 1993 war die Arbeitslosenzahl um 165.000 Personen niedriger.

Der Arbeitsmarkt wurde durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und berufliche Weiterbildung um 589.000 Personen entlastet. Das sind 72.000 Personen mehr als im Vorjahr. Auf Maßnahmen nach § 249 h AFG entfallen 99.409 Personen.

Kurze Gesamtbewertung

Die Arbeitsmarktsituation in Ost- und Westdeutschland war im Oktober geprägt durch positive konjunkturelle Impulse und den verstärkten Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente. Die Arbeitslosigkeit geht weiter zurück und der Arbeitsplatzabbau ist zum Stillstand gekommen.

Signal einer Wende

Der sozialpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Julius Louven, erklärte zu den neuesten Arbeitsmarktdaten:

Die Konjunkturlokomotive fährt ungebrochen in eine positive Richtung. Sie weist damit die Befürchtungen der SPD-Skeptiker als unrichtig aus, wenn diese wider besseres Wissen behaupten, daß die Konjunktur aufgrund gestiegener langfristiger Zinsen und notwendiger schon lange angekündigter Steuer- und Abgabenerhöhungen alsbald in sich zusammenbrechen würde.

Nicht nur das Herbstgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute vom vergangenen Monat, sondern auch die DIHT-Konjunkturumfrage in diesem Herbst einschließlich aller seriösen Konjunkturindikatoren zeigen ein deutlich verbessertes Geschäftsklima in unserer Wirtschaft.

Darüber hinaus signalisiert die deutliche Zunahme von Stellenangeboten eine grundsätzliche Wende in der Beschäftigungsentwicklung. Dem entspricht die Abnahme der Arbeitslosigkeit in ganz Deutschland gegenüber dem Vormonat, wobei die Arbeitslosenzahl in den jungen Bundesländern nur noch knapp über der Millionengrenze liegt. ■

Wenn Magdeburg Modell würde...

De-facto-Koalition der SPD mit den SED-Nachfolgern in Magdeburg

Zur Verabschiedung des Nachtragshaushaltes in Sachsen-Anhalt mit den Stimmen der PDS am 3. November 1994 erklärte Generalsekretär Peter Hintze:

Mit der Abstimmung über den Nachtragshaushalt der Minderheitsregierung in Magdeburg geraten alle SPD-Beteuerungen über eine Abgrenzung zur PDS zur Farce.

Nur mit den Stimmen der SED-Fortsetzungsorganisation PDS konnte die rot-grüne Minderheitsregierung ihren Nachtragshaushalt durchbringen. Nur mit der PDS konnte die SPD etwa beschließen, daß fortan der Verfassungsschutz des Landes Sachsen-Anhalt geschwächt wird. Zur Freude der kommunistischen PDS hat die Magdeburger Regierung der Demokratie damit einen Schlag ins Gesicht erteilt.

Scharping offenbar machtlos

Nur einen Tag vorher noch hatte Rudolf Scharping die SPD-Führer in den neuen Bundesländern öffentlich dafür kritisiert, daß sie in Sachen PDS fortgesetzt ihr eigenes Wort brechen. In der sog. Dresdner Erklärung, unterschrieben etwa von Manfred Stolpe und Reinhard Höppner, hat sich die SPD in den neuen Ländern verpflichtet, „daß es keine Zusammenarbeit mit der PDS geben wird".

All das gilt jetzt nicht mehr. Mit der heutigen Abstimmung ist endgültig klar: Rudolf Scharping kann reden, soviel er will. Sein Wort wird in der eigenen Partei gar nicht mehr zur Kenntnis genommen.

100 Tage Tabubruch

Die SPD spielt mit dem Feuer: In Magdeburg wird die über 100 Tage geleugnete Zusammenarbeit der SPD mit der PDS nun plötzlich ganz offiziell als Wunschziel verfolgt. In Brandenburg wirbt die SPD um Verständnis für die undemokratischen Ziele der PDS. In Mecklenburg-Vorpommern verhandelt die SPD ganz selbstverständlich mit der PDS. Wer so den radikalen Charakter der SED-Nachfolger enttabuisiert, leitet eine gefährliche Entwicklung ein. Die PDS ist eine linksradikale Partei in einer undemokratischen Tradition. Nur wer sie klar bekämpft, kann die von ihr getäuschten Wählerinnen und Wähler für die demokratischen Parteien zurückgewinnen.

Die SPD muß sich endlich besinnen und Klarheit schaffen: Für die Demokratie und gegen die Radikalen. Der erste Schritt dazu wäre die Bildung einer Regierung in Sachsen-Anhalt, die sich auf eine demokratische Mehrheit im Parlament stützt. 100 Tage Rot/Grün von PDS-Gnaden sind 100 Tage Auftrieb für den politischen Radikalismus gewesen. Jetzt muß die SPD umkehren, bevor es zu spät ist!

In Magdeburg gibt es die erste de-facto-Koalition der SPD mit den SED-Nachfolgern. Die SPD tut damit das Gegenteil dessen, was sie in ihren Erklärungen beteuert: Mit Hilfe der SPD gewinnt die PDS Einfluß auf die Politik im wiedervereinten Deutschland. ■

Die Diskussion über den Umgang mit der PDS entzweit Genossen

Die Beteuerungen Rudolf Scharpings im Wahlkampf klingen noch im Ohr: Seine Partei werde unter keinen Umständen mit der SED-Nachfolgepartei zusammenarbeiten. Für den Fall, daß einige Genossen von dieser Position abweichen, kündigte Scharping einen „Riesenkrach" an (Lausitzer Rundschau, 3. November 1994). In der eigenen Partei wird diese Drohung längst nicht mehr zur Kenntnis genommen:

● In Magdeburg besteht bereits eine De-Facto-Koalition der SPD mit den SED-Nachfolgern. Dort wurde gerade mit Hilfe von PDS-Stimmen der Nachtragshaushalt verabschiedet. Für Ministerpräsident Reinhard Höppner sind die Gespräche mit der PDS inzwischen zur „angenehmen Normalität" (Die Welt, 2. November 1994) geworden.

● In Mecklenburg-Vorpommern hofierte SPD-Landeschef Harald Ringstorff die PDS in tagelangen Sondierungsgesprächen. Die SPD, mit großem Abstand nur zweitstärkste Partei im neuen Landtag, lockte die Macht so sehr, daß sie nur zögernd von der Option einer PDS-tolerierten Minderheitsregierung Abstand nahm.

● In Brandenburg trifft sich Ministerpräsident Manfred Stolpe regelmäßig zu Gesprächen mit dem PDS-Landeschef und Vorsitzenden des Stolpe-Untersuchungsausschusses Lothar Bisky. Jegliche Kritik an diesem Treffen wird als „hysterische Reaktion" (Die Welt, 2. November 1994) abgetan. Inzwischen hat Brandenburgs Sozialministerin Hildebrandt Bisky zum Eintritt in die SPD eingeladen. Bisky sei sogar für ein Ministeramt geeignet (Super Illu, 10. November 1994).

Die Sozialdemokraten im Osten gehen ihre eigenen Wege. Vergessen ist die gemeinsame Dresdner Erklärung vom August, in der sie eine Zusammenarbeit mit der PDS noch kategorisch abgelehnt hatten. Scharping scheint vor dem Alleingang der ostdeutschen Genossen zu resignieren. Pflichtbewußt bekräftigt er eine klare Trennung seiner Partei zur PDS: „Wer aber einen anderen Weg gehen will, ist herzlich willkommen." (Süddeutsche Zeitung, 4. November 1994)

Auch im Westen sind sich die Genossen längst nicht mehr einig:

● Die SPD-Linken aus dem „Frankfurter Kreis" forderten bereits eine „Koalitions-Achse" (Welt am Sonntag, 6. November 1994) zur PDS und unterlaufen damit ganz offen das Versprechen des Parteichefs gegen eine Kooperation mit der PDS.

● Troikaner Lafontaine philosophiert über eine „neue Linke" (Lausitzer Rundschau, 3. November 1994), die ihre Kräfte bündeln und strategische Ziele verfolgen müsse. Zu dieser Linken zählt er ohne Unterschied SPD, Grüne und PDS. Auch der Juso-Vorsitzende Thomas Westphal schlug ein Bündnis aller Linkskräfte unter Einschluß der PDS gegen die Regierungskoalition vor. (Bonner Generalanzeiger, 5. November 1994)

● Gerhard Schröder, der zweite Troikaner, bezweifelt ganz offen Scharpings Führungsanspruch in Sachen PDS. Scharping sei nur „Ratgeber" gegenüber den Genossen in den neuen Ländern, entschieden werden soll vor Ort. (Bild, 7. November 1994)

Deutschlandtag in Berlin

Ideen, Konzepte, Profile – Aufbruch mit neuen Gesichtern

Wenige Wochen nach der Bundestagswahl und kurz vor dem Parteitag der CDU in Bonn fand vom 4. bis 6. November in Berlin der diesjährige Deutschlandtag der Jungen Union statt.

Am Freitagabend wurde ein neuer Bundesvorstand gewählt, der für zwei Jahre amtieren wird. Mit einem Stimmenergebnis von 85,2 Prozent wählten die Delegierten den 29jährigen Koblenzer Klaus Escher zum Nachfolger des bisherigen Bundesvorsitzenden Hermann Gröhe, der nicht wieder kandidierte und herzlich verabschiedet wurde.

In seiner Antrittsrede forderte Escher, nach zwölf Jahren Regierungsverantwortung in Bonn die Bestimmung neuer Ziele und eine Erneuerung der Partei. Escher forderte einen schlanken Staat, gerechte Förderung junger Familien, Stärkung des Föderalismus, die Vollendung der europäischen Einheit sowie eine verstärkte Einbeziehung junger Frauen in die Politik. Klaus Escher: Wir müssen der verlängerte Arm der Jugend in der Partei sein.

In drei Werkstätten diskutierten die Delegierten am Samstag die Aspekte ihrer Forderung nach programmatischer Erneuerung: Friedbert Pflüger, Arnold Vaatz und Annette Schavan erörterten die „Pflicht zur produktiven Unruhe", Monika Hohlmeier, Christian Wulff, Peter Müller und Günther Oettinger setzten sich mit der Forderung nach „neuem Schwung über die Länder" auseinander, und Peter Hintze, Michel Friedman, Ria Meinel und Peter Kurth suchten nach Verbindungen zwischen „Politik und Lifestyle".

In der anschließenden Beratung des Leitantrages „Ideen, Konzepte, Profile — Aufbruch mit neuen Gesichtern" entschieden sich die Delegierten nach langer Diskussion für die Forderung nach einem eintägigen Sonderparteitag der CDU im Frühjahr, auf dem über die stärkere Einbeziehung von Frauen in die Union diskutiert werden soll.

Erste Auswirkungen des Annäherungskurses der SPD an die PDS werden in Sachsen-Anhalt bereits deutlich. Dort setzt die PDS-Fraktionsvorsitzende Petra Sitte Scharping selbstbewußt unter Druck: „Scharping und der SPD-Vorstand in Bonn haben doch bei ihrer Zustimmung zum Magdeburger Projekt genau gewußt, unter welchen Konditionen und Konstellationen die rosa-grüne Minderheitsregierung in Sachsen-Anhalt arbeiten muß. Wer A sagt, muß auch B sagen." (ddp, 8. November 1994)

Wenn die SPD ihren Annäherungskurs fortsetzt, gerät sie immer weiter in die Abhängigkeit der PDS. Ist Scharpings Durchsetzungskraft noch stark genug, so muß er die Partei jetzt zur Räson rufen. Der angekündigte „Riesenkrach" läßt schon viel zu lange auf sich warten!

Ein Markstein für High-Tech-Zukunftsstandort Deutschland

Zur einjährigen Privatisierung des Zentrums für Mikroelektronik in Dresden erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Johannes Nitsch:

Das Zentrum für Mikroelektronik Dresden (ZMD) konnte am 1. November seinen ersten Geburtstag als eigenständiges und unabhängiges sächsisches Unternehmen in der High-Tech-Branche Mikroelektronik feiern. Mit bemerkenswerten Fortschritten in Technologie und Fertigung hat es bereits heute den Anschluß an internationale Spitzenstandards gefunden. Darüber hinaus leistet das Dresdner Unternehmen mit seinen hochmotivierten und qualifizierten Mitarbeitern einen nicht gering zu schätzenden Beitrag zur inneren Einheit Deutschlands.

Vom Jahre 1990 an war es ein schwieriger und widersprüchlicher Weg bis zum 1. November 1993. Man konnte fast meinen, daß sich die Unsicherheit Europas, in diese Zukunftstechnologie hineinzugehen, auch im Privatisierungsverfahren des ZMD widerspiegelte.

Es ist auch ein Verdienst der Belegschaft und des Betriebsrates, daß dieses Unternehmen überlebt und sich inzwischen als Hersteller von Qualitätsprodukten etabliert hat.

Auch heute noch sind einige Fragen mit der Treuhandanstalt offen, so z. B. der Ausgleich für die um Monate verzögerte Privatisierung, die einen Teil der finanziellen „Mitgift" aufgefressen hat, ohne daß die damit vorgesehenen Investitionen für die Umsetzung des Betriebskonzeptes erfolgen konnten.

Der Umsatz konnte von 3,6 Mio. DM im Jahre 1993 auf 40 Mio. DM in diesem Jahr gesteigert werden. Diese Umsatzentwicklung seit der Privatisierung ist ein handfester Beweis dafür, daß die Kunden erst mit der Entlassung aus der TH-Anstalt bereit sind, mit Unternehmen Verträge abzuschließen.

Am wichtigsten ist, daß die erfolgreiche Privatisierung des ZMD den entscheidenden Impuls für den High-Tech-Standort in Dresden und in Sachsen ausgelöst hat. Der kürzliche Beschluß der Firma Siemens, eine Chip-Fabrik mit einem Entwicklungszentrum in Dresden zu bauen, reicht weit darüber hinaus. Er ist nicht nur eine Entscheidung für Deutschland, sondern auch für Europa. Mit dieser Fabrik werden neue Maßstäbe für Technologie und Prozeßtechnik gesetzt, die für die Marktanteile der Zukunft wichtig sind.

Hermann Gröhe Vorsitzender der Jungen Gruppe

Auf ihrer konstituierenden Sitzung in Bonn hat die Junge Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion den Bundesvorsitzenden der Jungen Union Deutschlands, Hermann Gröhe (33), zu ihrem Sprecher gewählt. Er löst damit den bisherigen Vorsitzenden, Ronald Pofalla (35), ab, der diese Position seit der Gründung der Jungen Gruppe im Frühjahr 1991 ausgeübt hatte. Zu Stellvertretern wurden Helmut Jawurek (31) aus Bayern und Kersten Wetzel (33) aus Thüringen ernannt.

SPD-Politik gegen die Landwirtschaft

Zur geplanten Auflösung des Landwirtschaftsministeriums in Rheinland-Pfalz erklärte der Vorsitzende des Bundesfachausschusses „Agrarpolitik" der CDU, Reimer Böge, MdEP:

Mit der Auflösung des Landwirtschaftsministeriums macht der Nachfolger von Rudolf Scharping in Rheinland-Pfalz, Kurt Beck, auf Landesebene wahr, was die SPD auch im Bund vorhatte. Die SPD scheut selbst in einem Land wie Rheinland-Pfalz, das von Landwirtschaft und Weinbau geprägt ist, nicht vor diesem ideologischen Schritt zurück. Nachdem den Landwirten von den SPD-Landesregierungen in den letzten Jahren immer mehr Gelder, wie z. B. der Landesanteil des soziostrukturellen Ausgleichs oder die Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete, gekürzt worden sind, zeigt die SPD nun erneut, daß sie für die Landwirtschaft nichts übrig hat. In einer Zeit, in der die Landwirte in Deutschland vor großen Herausforderungen und Anpassungen z. B. infolge der EU-Agrarreform und des GATT-Abschlusses stehen und eine schlagkräftige Interessenvertretung und klare politische Rahmenbedingungen brauchen, läßt die SPD Landwirte, Förster und Winzer allein.

Die Auflösung des Landwirtschaftsministeriums in Rheinland-Pfalz ist eine sachpolitisch falsche Entscheidung zum Nachteil von Bauern und Winzern. Sie ist eine Warnung für die Landwirtschaft in ganz Deutschland.

IW: Aufschwung nach klassischem Muster

Die Zahl der Optimisten in der deutschen Wirtschaft nimmt weiter zu. Jetzt hat auch das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) eine Konjunkturprognose vorgelegt, in der bescheinigt wird, daß sich ein Konjunkturaufschwung nach klassischem Muster vollzieht.

Die wirtschaftliche Erholung werde im kommenden Jahr weiter an Kraft gewinnen, meinen die Experten, und sie kündigen an, daß sich der Anstieg der Verbraucherpreise 1995 auf 2 Prozent, einen lange nicht mehr erreichten niedrigen Wert, verringern werde.

Das der Industrie nahestehende Institut sagt für das Jahr 1995 eine gesamtdeutsche Wachstumsrate von real 3 Prozent voraus. Nachdem bisher von Industrie- und Arbeitgeberseite mit Blick auf die bevorstehenden Lohnrunden eher verhaltene Einschätzungen zur wirtschaftlichen Entwicklung zu hören waren, wirkt die neue IW-Prognose auffallend zuversichtlich.

Das Wachstum hält an

Mit einem Anhalten des Aufschwungs in den nächsten Jahren rechnet auch die Westdeutsche Landesbank Girozentrale (WestLB) in ihrer Deutschland-Prognose. Für 1994 und 1995 rechnet die WestLB mit Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland von je 2,75 Prozent. Im Jahre 1996 werde sich das Wachstum auf 3,5 Prozent verstärken.

Mehr Schiffssicherheit durch Hafenstaatenkontrolle

Das Europäische Parlament hat am 27. Oktober seine Stellungnahme zu dem Richtlinienvorschlag über die Hafenstaatenkontrolle mit 18 Änderungsvorschlägen beschlossen, die insbesondere auf eine Verschärfung der Sicherheitskontrollen der Schiffe ausgerichtet sind.

Das Parlament will auf der Grundlage eines Berichtes erreichen, daß die Mitgliedstaaten der Union sich nicht nur mit Erklärungen zu einer verschärften Kontrolle der Schiffe bekennen. Sie müssen auch die zuständigen Stellen in den Unionshäfen sachlich und personell so ausstatten, daß sie ihren Verpflichtungen zu einer wirksamen Hafenstaatenkontrolle auf einem einheitlich hohen Leistungsniveau tatsächlich nachkommen. Ob in Hamburg oder Lissabon, Rotterdam oder Athen, die Kontrolldichte und Kontrollschärfe muß garantiert sein. Dies nicht nur für die Sicherheit der Seeleute und Passagiere, sondern auch, damit es keinen unlauteren Wettbewerb zwischen den Häfen und Kontrollbehörden gibt.

Für „Freie Passage“

Das Parlament unterstützt im Interesse der weltweit tätigen Schiffahrt voll den Grundsatz der „Freien Passage“ gemäß der UN-Seerechtskonvention. Doch muß es darauf bestehen, daß nicht nur die Schiffe, die unsere Häfen anlaufen, kontrolliert werden, sondern auch die Schiffe, die durch unsere Hohheitsgewässer fahren.

In allen Unionshäfen müssen einheitlich die Regeln angewandt werden, die bei gravierenden Mängeln das Festhalten des Schiffes im Hafen zwingend vorschreiben. Es kann nicht angehen, daß bei einem gleichen Sicherheitsmangel das Schiff in einem Hafen noch auslaufen darf, während es in einem anderen Hafen an die Kette gelegt wird. Hier ist aus Gründen der Sicherheit für Mensch und Natur, aber auch aus Gründen der Wettbewerbsgerechtigkeit an Häfen und Reedereien derselbe Maßstab anzulegen.

Als Ausgleich für die einschneidende Sanktion des Festhaltens eines Schiffes sollte nach der Auffassung des Parlaments dem Eigentümer oder Betreiber ein Beschwerderecht gegen eine solche Entscheidung gewährt werden. Dies gibt es bisher nicht in allen Mitgliedstaaten. Ein solches Beschwerderecht soll dem Eigentümer oder Betreiber die Möglichkeit eröffnen, gerichtlich überprüfen zu lassen, ob das Festhalten sachlich und zeitlich über Gebühr oder gar mißbräuchlich angeordnet worden ist.

Von Georg Jarzembowski, stellvertretender Obmann der EVP-Fraktion im Verkehrsausschuß

Auch wenn die Hafenstaatenkontrolle das wirksamste Mittel gegen die Gefahren darstellt, die unternormige Schiffe für Mensch und Natur heraufbeschwören, so darf doch nicht vergessen werden, daß die Sachnormen der IMO-Übereinkommen über Schiffe, Besatzungen und Umweltschutz ständig auf ihre Schutzwirkung zu überprüfen und zu verschärfen sind. ■

Der Weg ist frei für eine Zusammenarbeit in einem Europa des Friedens

Wie erst jetzt bekannt wurde, hat der Präsident der „Staatsduma" der Russischen Föderation, Iwan P. Rybkin, Ende August anläßlich des Abzugs der letzten russischen Truppen aus Deutschland einen Appell an den Deutschen Bundestag gerichtet.

In diesem war davon die Rede, daß diese Truppen „im Zuge der Befreiung Europas" nach Deutschland gekommen seien und „daß die geschichtliche Entwicklung zur Ausrottung des Totalitarismus in Deutschland und zur Schaffung eines freiheitlichen demokratischen Staates auf russischem Boden geführt" habe. Das Parlament Rußlands, „eines Landes, das den entscheidenden Beitrag zum Sieg über den Faschismus geleistet" habe, wende sich an den Deutschen Bundestag „mit dem Aufruf, unsere Anstrengungen zum Zwecke der Schaffung eines neuen und prosperierenden Europas zu vereinen, das frei vom Kriege sein wird und sich auf ein dauerhaftes System kollektiver Sicherheit stützen kann".

Alfred Dregger, Ehrenvorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, sah sich zu einer persönlichen Antwort veranlaßt, in der er darauf hinweist, daß es Totalitarismus nicht nur in Deutschland gegeben habe. Die totalitären Systeme dieses Jahrhunderts, die Deutschland und Rußland besonders heimgesucht hätten, seien besiegt. Ihre Folgen müßten nun im Geiste guter Nachbarschaft und Freundschaft gemeinsam überwunden werden. Dregger im einzelnen:

Lassen Sie mich zunächst darauf hinweisen, daß die Soldaten der Wehrmacht in ihrer überwiegenden Anzahl in diesem Krieg nicht für Hitler, sondern für ihr Vaterland gekämpft haben. Deshalb war ich Präsident Jelzin von Herzen dankbar, als er bei den Abschiedsfeierlichkeiten am 31. August 1994 in Berlin ausgeführt hat, daß es Hitler gewesen sei, der die Sowjetunion zum Krieg gezwungen habe. Das deutsche Volk sei daran nicht schuld gewesen. Man habe sogar in den Jahren schwierigster Prüfungen — wie er sagte — eine klare Grenze zwischen den Deutschen und der verbrecherischen Führung gezogen, die in Deutschland an die Macht gekommen sei.

Ebenso danke ich Ihrem Präsidenten für die Tatsache, daß er am 16. Dezember 1992 in Moskau zusammen mit Bundeskanzler Helmut Kohl in die „Gemeinsame Erklärung zur Rehabilitierung von zu Unrecht Verurteilten und Verfolgten" auch die von sowjetischen Militärtribunalen verurteilten deutschen Kriegsgefangenen einbezogen hat, deren Verfahren oft nicht fair waren und deren Urteile oft auf nicht nachgewiesenen falschen Anschuldigungen beruhten.

Es hat im Krieg auch Verbrechen gegeben — auf beiden Seiten. Für unsere gemeinsame Zukunft wäre es nicht fruchtbar, diese zu bestreiten, noch weni-

Schutz für Pauschalreisende seit 1. November in Kraft

Am 1. November ist der vom Bundestag beschlossene Schutz der Urlauber vor Reiseveranstalter-Insolvenz in Kraft getreten. Dazu erklärte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Fremdenverkehr und Tourismus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rolf Olderog:

Mit dem Beginn der Urlaubs-Wintersaison erfährt der Verbraucherschutz im Tourismus eine wesentliche Verbesserung. Alle ab diesem Datum angetretenen Pauschalreisen müssen gegen Insolvenz und Konkurs des Reiseveranstalters abgesichert sein. Geht ein Reiseunternehmer pleite, so können den Pauschalreisenden eingezahlte Gelder bzw. Aufwendungen für Übernachtung und Rückflug erstattet werden.

Urlauber sollten darauf achten, daß sie bei Bezahlung ihrer Pauschalreise einen Sicherungsschein des Reiseveranstalters ausgehändigt bekommen, der ihnen Schutz vor Zahlungsunfähigkeit oder Konkurs des Reiseveranstalters garantiert. Dies gilt auch für Reisebüros, die selbst als Veranstalter auftreten, indem sie z. B. Gruppen- oder Geschäftsreisen zusammenstellen. Auch sogenannte „Gelegenheitsreiseveranstalter" wie Volkshochschulen, Kirchengemeinden, Vereine usw. sind absicherungspflichtig, wenn die Reise mehr als 150 DM kostet, länger als 24 Stunden dauert und eine Übernachtung einschließt.

Der Bundestag hat mit der Regelung Neuland betreten. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird aufmerksam beobachten, ob das Gesetz in der Praxis auch allen Erwartungen entspricht. Dabei geht es insbesondere um die Frage, ob die Kundengeldabsicherung auch für mittelständische Reiseunternehmen zu Konditionen möglich ist, die den Wettbewerb zu den großen Touristikunternehmen nicht verzerren.

ger, diese aufzurechnen. Aber die Wehrmacht als solche wurde nicht wegen Kriegsverbrechen verurteilt, auch nicht vom Nürnberger Sondergericht.

Wir alle können froh sein und sind es, daß diese schlimme Zeit heute hinter uns liegt. Deutschland ist eine freiheitliche Demokratie, und die Russische Föderation hat seit dem 12. Dezember 1993 eine demokratische Verfassung. Die totalitären Systeme dieses Jahrhunderts, die unsere beiden Länder besonders heimgesucht haben, sind besiegt. Ihre Folgen müssen wir nun im Geiste guter Nachbarschaft und Freundschaft gemeinsam überwinden. Der Weg zur Zusammenarbeit unserer großen Völker in einem Europa des Friedens, in dem diese und alle anderen Völker sicher leben und ihr Leben selbst bestimmen können, ist frei.

Die Geschichte unserer beiden Völker war über lange Perioden hinweg von gegenseitiger Hochachtung, Zuneigung und vom Geist der Zusammenarbeit geprägt. Sorgen wir dafür, daß dies künftig auf Dauer gilt. Das wäre für unsere Völker und für ganz Europa die beste Lehre, die wir aus dem Gegeneinander der vergangenen Jahrzehnte ziehen sollten. ■

Herr Gysi – es reicht

Bärbel Bohley darf den PDS-Fraktions-Chef Gregor Gysi nicht Stasi-Spitzel nennen. So verlangt es ein Urteil des Hamburger Oberlandesgerichtes.

Der deutschen Justiz wurde von der SED und von Personen des öffentlichen Lebens in Westdeutschland unter Verweis auf die Nachkriegsrechtsprechung vielfach der Vorwurf gemacht, das Interesse des Täterschutzes bei Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor das Interesse der Wahrheitsfindung zu stellen. Eine tragende Hoffnung des Umbruchs von 1990 war die, daß dieser Vorwurf überzeichnet sei oder jedenfalls heute nicht mehr gelte. Es kommen uns Zweifel.

Es ist uns deutlich, daß der Rechtsstaat letzte Gerechtigkeit niemals schaffen kann. Er darf aber nach unserer Überzeugung auch nicht dazu dienen, Gerechtigkeit nicht mehr zu suchen oder gar zu verhindern. Denn es ist Gregor Gysi gelungen, dieses Hamburger Urteil zu erwirken, ohne die ihn betreffenden Akten vollständig offenzulegen.

Einige sonst sehr mutige Zeitungen und Magazine zeigen plötzlich ängstliche Züge. Mit dem Argument, juristische Konsequenzen zu fürchten, verweigern sie den Abdruck von Meinungen, die sich in ihrer Intention dem Willen der Hamburger Richter nicht beugen. Mit einer Presse, die sich eher der Macht beugt als der Wahrheit, haben wir in der DDR langjährige Erfahrungen gesammelt. Letzte Erfahrungen mußten aber solche Zeitungen stets selbst machen: Daß die Wahrheit nicht stirbt, sondern zurückschlägt.

Auch Gregor Gysi wird das nicht ändern. Er wird nicht erreichen, daß wir unsere Erfahrungen mit der DDR-Justiz und die Rolle, die er in dieser Justiz spielte, verschweigen und vergessen. Wir wollen nicht eine Lektion verschlafen, die uns die Geschichte erteilt hat. Unsere Erfahrungen haben mit denen von Gregor Gysi nichts gemein. Einige von uns haben in ihrer Ohnmacht seine Unterstützung gesucht. Er hat durch seine Tätigkeit als Anwalt eine der größten Karrieren im Lügen-, Bespitzelungs- und Unrechtssystem der DDR gemacht und war zuletzt Vorsitzender des Rates der Rechtsanwaltskollegien der DDR.

Wichtige Elemente der SED-Ideologie waren der Haß und die Feindschaft gegen alle, die Demokratie im eigenen Lande forderten. Die SED hat diese Menschen über Jahrzehnte unbarmherzig verfolgt. Rechtsanwälte benötigte die DDR-Justiz in diesem Zusammenhang, um der Weltöffentlichkeit durch den Schein rechtmäßiger Verfahren die Kraft zur Kritik zu nehmen.

Solidarität mit Katja Havemann, Bärbel Bohley, Freya Klier, Jürgen Fuchs und Werner Schulz

Gregor Gysi stellt sich heute gern als Alternative zur SED dar, die angeblich neu angefangen habe und ehrlich alte Strukturen aufdecke. Aber den Haß gegen Andersdenkende schreibt er fort. Vielen, denen die SED gestern in erbitterter Feindschaft gegenüberstand, steht heute Gregor Gysi in erbitterter Feindschaft gegenüber. Nur so ist es erklärlich, daß er nunmehr formal und juristisch gegen Bürgerrechtler aus dem Widerstand gegen die Diktatur vorgeht, anstatt zur Offenlegung der Wahrheit in dem ihm möglichen Maße beizutragen.

Am Vorgehen von Gregor Gysi gegen Bärbel Bohley, Katja Havemann, Freya Klier, Werner Schulz und Jürgen Fuchs ist nichts, was auf einen Neuanfang seiner Partei hindeutet. Wir erkennen darin eher die Fortsetzung der alten Strategie der SED gegen ihre damaligen und heutigen Feinde mit den neuen Mitteln eines Rechsstaates, der in einer politischen Situation Recht schaffen soll, auf die er nicht eingerichtet ist. Die alte Strategie heißt: Unterdrücken, Einschüchtern, Abwürgen, Untersagen.

Aber, Herr Gysi, doch nicht mit uns. Früher nicht und heute erst recht nicht.

Solange Gregor Gysi seine Rolle verfälscht, werden wir ihn stets auf seine Fälschungen hinweisen. Wir werden alle uns zugänglichen Dokumente dazu einsetzen. Wir werden uns seiner Attacken gegen die freie Meinungsäußerung zu erwehren wissen.

Wir sind fest davon überzeugt, daß politische Kultur ohne Wahrheit nicht lebensfähig ist.

Berlin, den 23. 10. 1994

Erstunterzeichner:

Angelika Barbe,
Arnold Vaatz, MdL, Umweltminister Sachsen,
Wolfgang und Regina Templin,
Erhart Neubert, Theologe,
Manfred Wilke, Historiker,
Stephan Hilsberg, MdB,
Rainer Eppelmann, MdB,
Ralf Hirsch,
Martin Gutzeit,
Stephan Bickhardt, Pfarrer,
Harald Seidel, MdL Thüringen,
Volker Bandmann, MdL Sachsen,
Veronika Bellmann, MdL Sachsen,
Matthias Rösler, MdL, Kultusminister Sachsen,
Christa Reichard, MdB,
Erich Iltgen, MdL,
Präsident des Sächsischen Landtags,
Jürgen Schröder, MdEP,
Horst Rasch, MdL Sachsen,
Hans-Jörg Kannegießer, MdL Sachsen,
Peter Schowtka, MdL Sachsen,
Hartmut Biele, Landrat a. D.,
Margita Herz, Frauen-Union Dresden,
Siegmar Faust, Schriftsteller,
Anne-Sophie Nold,
Dietmar und Barbe Linke,
Rainer Bonar, Journalist,
Katja Wolle, Bürgermeisterin,
Stefan Wolle, Historiker,
Jan Herrmann,
Angela Merkel,
Bundesministerin für Frauen und Jugend,
Birgit Voigt, B 90/Grüne BaWü,
Andreas W. Mytze.

Wulff: Schröder ist der Verlierer des Jahres

Der Verlierer des Jahres heißt Gerhard Schröder. Das ist jedenfalls die Meinung des CDU-Fraktionschefs im niedersächsischen Landtag, Christian Wulff. „Er ist kein Kanzlerkandidat geworden und kein Superminister — weder unter Scharping noch, was ihm leichter gefallen wäre, unter Helmut Kohl", sagte Wulff vor Journalisten in Hannover. Auch mit seinen Bestrebungen, den Länder-Vorsitz im Vermittlungsausschuß zu übernehmen, sei der Ministerpräsident gescheitert. Wenn Schröder jetzt behaupte, er habe sich ohnehin nicht danach gedrängt, „dann kommt er mir vor wie der Fuchs, der nicht an die Trauben herankommt und dann sagte, die sind ihm sowieso zu sauer", meinte der Oppositionsführer. Im übrigen sei der Bundesrat ein Verfassungsorgan der Länder und nicht der SPD. Auch sei das Land Niedersachsen zu wichtig, um „als Bühne für die Karriere-Ambitionen des Regierungschefs mißbraucht zu werden". Schröder sollte sich besser wieder ganz auf Niedersachsen konzentriert, sagte Wulff.

Unbegründete Aufregung um Überhangmandate

Zur Diskussion über die Verfassungskonformität von Überhangmandaten stellt der Justitiar der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Franz Möller folgendes fest:

Ein alter Streit wird in diesen Tagen aus durchsichtigen politischen Gründen wiederbelebt: die Diskussion über die Verfassungskonformität von Überhangmandaten ohne Ausgleichsmandate.

Um das Ergebnis gleich vorwegzunehmen: Die Regelung des § 6 Abs. 5 Bundeswahlgesetz, nach der einer Partei ihre Überhangmandate — ohne Ausgleich für die anderen Parteien — verbleiben, begegnet keinen verfassungsrechtlichen Bedenken. Die Vorschrift besteht so seit 1956, und schon dreimal hat das Bundesverfassungsgericht sie überprüft — immer mit demselben Ergebnis: die Vorschrift ist verfassungsgemäß.

Die jüngste Entscheidung des Verfassungsgerichts zu dieser Frage ist ein Beschluß des Zweiten Senats vom 24. November 1988 und betraf eine Wahlprüfungsbeschwerde gegen die Gültigkeit der Wahl zum 11. Deutschen Bundestag am 25. Januar 1987. Damals „ist das Bundesverfassungsgericht davon ausgegangen, daß die durch die Überhangmandate verursachte Abweichung von dem Erfordernis des gleichen Erfolgswertes jeder Stimme als notwendige Folge des besonderen Charakters der personalisierten Verhältniswahl mit dem Grundgesetz vereinbar ist, solange die Wahlkreise im Rahmen des möglichen annähernd gleich groß sind".

Diese Voraussetzung der annähernd gleichen Größe der Wahlkreise ist bei der Bundestagswahl vom 16. Oktober 1994 ebenfalls gegeben; § 3 Abs. 2 Nr. 2 Bundeswahlgesetz schreibt eine Neueingrenzung erst dann vor, wenn die Bevölkerungszahl eines Wahlkreises um mehr als 33⅓ vom Hundert von der durchschnittlichen Bevölkerungszahl der Wahlkreise abweicht. Bisher ist kein Fall bekannt geworden, in dem dieses Quorum erreicht wäre.

Der Unterschied der heutigen Situation zu der, die das BVerfG 1988 zu entscheiden hatte, liegt einfach nur in der Zahl der angefallenen Überhangmandate: War es damals ein Überhangmandat (für die CDU in Baden-Württemberg), so sind es heute insgesamt 16 Überhangmandate, davon zwölf für die CDU und vier für die SPD.

Daraus ergibt sich ein weiterer Unterschied, den der Frankfurter Staatsrechtler Prof. Dr. Hans Meyer errechnet hat und der von den politisch Interessierten, nämlich von den Verlierern der Wahl vom 16. Oktober, begierig aufgegriffen wird: Habe die CDU 1987 mit ihrem einen Überhangmandat durchschnittlich nur ca. 500 Zweitstimmen weniger für ein Bundestagsmandat gebraucht als etwa die SPD, so betrage der Abstand heute fast das achtfache, nämlich rund 4.000 Zweitstimmen, die die CDU beispielsweise von den Grünen trennten.

Dieser angeblich so gravierende und „krass ungerechte" Unterschied beruht

auf einem schlichten Denk- und Rechenfehler: Professor Meyer hat die Gesamtzahl der von jeder Partei erlangten Mandate nur durch die Anzahl der Zweitstimmen dividiert, ohne Unterscheidung danach, ob diese Sitze sich den Zweitstimmen nach Listenwahl oder den Erststimmen nach Direktwahl verdanken. Dadurch fallen alle Erststimmen, mit denen die Überhangmandate ja gewonnen wurden, einfach unter den Tisch.

Unser Wahlsystem ist aber kein reines, sondern — durch die Direktwahl der Wahlkreiskandidaten — ein „personalisiertes" Verhältniswahlrecht. Der Proportionalitätsgrundsatz wird durch verschiedene Elemente des Mehrheitswahlrechts korrigiert. Die neben der Überhangmandatsregelung gravierendste Korrektur nimmt die sog. 5-Prozent-Klausel vor: Hier fallen bis zu 4,9 Prozent der Zweitstimmen einfach weg. Im übrigen wäre dann deren Umgehung durch die sog. 3-Direktmandate-Regelung, mit der die PDS den Einzug mit 30 Abgeordneten in den Bundestag schaffte, ein mindestens ebenso eklatanter Verstoß gegen den Grundsatz des gleichen Erfolgswertes jeder Stimme. Die Union wird im Falle einer erneuten Überprüfung der Überhangmandate durch das Bundesverfassungsgericht diese Regelung im Bundeswahlgesetz mit Sicherheit auf den verfassungsrechtlichen Prüfstand stellen.

Neben diesem Wahlprüfungsverfahren, das zunächst den Bundestag und dann in zweiter Instanz das Bundesverfassungsgericht beschäftigen wird, bestehen theoretisch drei weitere Möglichkeiten, die dargestellten Fragen vom Bundesverfassungsgericht klären zu lassen: ein Organstreitverfahren, in dem Verfassungsorgane und ihre Teile (Bundestag als ganzer, Fraktionen, einzelne Abgeordnete, auch politische Parteien) antragsberechtigt sind; ein abstraktes Normenkontrollverfahren, in dem ein Drittel der Mitglieder des Bundestages, die Bundes- oder eine Landesregierung antragsberechtigt sind sowie die Verfassungsbeschwerde.

Keine Chance auf Erfolg

Bei allen drei Verfahrensarten ist schon ihre Zulässigkeit problematisch; sollten sie aber zur Entscheidung angenommen werden, würde diese nicht vor Ablauf der Hälfte der Legislaturperiode ergehen, und zwar mit dem voraussichtlichen Ergebnis, daß die Überhangmandate ein weiteres Mal für verfassungskonform erachtet werden. Schon aus diesem Grund würde eine eventuell beantragte einstweilige Anordnung — mit dem Ziel der Verhinderung oder des Aufschubs der Bundeskanzlerwahl — keine Chance auf Erfolg haben.

Teuerungsrate sinkt auf 2,8 Prozent

Erstmals seit dreieinhalb Jahren ist die jährliche Inflationsrate in Westdeutschland deutlich unter die Drei-Prozent-Marke gerutscht. Im Oktober mußten die privaten Haushalte 2,8 Prozent mehr für ihre Lebenshaltung bezahlen als vor Jahresfrist. Dies teilte das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mit. Einen solch niedrigen Wert hatten die Statistiker zuletzt im April 1991 mit ebenfalls 2,8 Prozent ermittelt. Zwischen Mai und Oktober war der Rückgang der Teuerung ins Stokken geraten. Im September hatte sie im Jahresvergleich noch 3,0 Prozent betragen.

Asylbewerberzahlen im Oktober

Beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge haben im Oktober 1994 10.237 Personen (Vormonat: 10.867 Personen) Asyl beantragt. Damit ist die Zahl der Asylbewerber gegenüber dem Vormonat um 630 Personen (=5,8 Prozent) gesunken.

Gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres (Oktober 1993: 16.660 Personen) ist die Zahl der Asylbewerber um 6.423 Personen (= 38,6 Prozent) zurückgegangen.

Im Zeitraum von Januar bis Oktober 1994 haben nunmehr insgesamt 102.968 Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland Asyl beantragt. Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum (Januar bis Oktober 1993: 292.470 Personen) bedeutet dies einen Rückgang um 189.502 Personen (= 64,8 Prozent).

Aus Ost- und Südosteuropa

Auf die Staaten Ost- und Südosteuropas entfielen im Oktober 1994 3.913 Asylbewerber. Das sind 38,2 Prozent aller Asylbewerber. Im Oktober 1993 kamen noch 65,1 Prozent aller Asylbewerber (10.851 Personen) aus den Staaten Ost- und Südosteuropas. Der Anteil der Europäer an der Gesamtzahl der Asylbewerber betrug im Oktober 1994 55,3 Prozent (5.661 Personen).

Aus dem ehemaligen Jugoslawien stammten im Oktober 1994 insgesamt 2.820 Asylbewerber (Vormonat: 2.954). 96 Personen kamen aus Makedonien (Vormonat: 151), 36 aus Kroatien (Vormonat: 40), 595 aus Bosnien-Herzegowina (Vormonat: 816) und 2.093 aus BRep. Jugoslawien (Vormonat: 1.947).

Fast 20.000 Anträge bearbeitet

Im Monat Oktober 1994 hat das Bundesamt über die Anträge von 19.698 Personen entschieden.

Als Asylberechtigte anerkannt wurden im Oktober 1994 1.612 Personen (8,2 Prozent). Abschiebeschutz nach § 51 Abs. 1 des Ausländergesetzes erhielten 348 Personen (1,8 Prozent). Abgelehnt wurden die Anträge von 11.953 Personen (60,7 Prozent). Sonstwie erledigt wurden die Anträge von 5.776 Personen (29,3 Prozent). Die Zahl der Personen, über deren Anträge noch nicht entschieden worden ist, beträgt derzeit 129.628.

Irmgard Karwatzki neue Vorsitzende der Gruppe der Frauen in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat Frau Irmgard Karwatzki, MdB einstimmig zu ihrer neuen Vorsitzenden gewählt. — Frau Karwatzki verfügt über langjährige politische Erfahrung; sie gehört dem Deutschen Bundestag seit Dezember 1976 an. In vielfältigen Funktionen, insbesondere auch als Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit sowie im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, hat sie kompetent und zielstrebig die Politik der Union mitbestimmt und ihr neue Impulse gegeben. Stets hat sie hierbei im Interesse von Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes gehandelt.

Ludwig Gerstein hat die Energiepolitik der Union geprägt

Am 30. Oktober 1994 verstarb nach langem schweren Leiden der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Energiepolitik der CDU, Ludwig Gerstein.

Er wurde am 11. Januar 1928 in Rotterdam/Niederlande geboren. Nach der Rückkehr seiner Familie nach Deutschland besuchte Ludwig Gerstein das Humanistische Stadtgymnasium in Dortmund und legte dort im Jahre 1947 sein Abitur ab. Sein Studium an der Technischen Hochschule Aachen mit dem Berufsziel Bergbau schloß er nach der Bergreferendarausbildung im Juni 1956 mit dem akademischen Titel „Assessor des Bergfaches" ab. Nach verschiedenen Tätigkeiten, unter anderem als Bergwerksdirektor der Schachtanlage „Hansa" in Dortmund, wurde Gerstein Ende der siebziger Jahre zum Prokuristen der Ruhrkohle AG Bergbau AG Westfalen ernannt.

Früh engagierte sich Gerstein auch in der Christlich Demokratischen Union, der er 1968 beigetreten ist. Schon 1970 übernahm er das Amt des Kreisvorsitzenden der CDU Dortmund, das er bis 1985 inne hatte. Im Jahre 1976 wurde er erstmals in den Deutschen Bundestag gewählt.

Sehr bald erwarb sich Gerstein hier großes Ansehen in der Energie- und Forschungspolitik. Neben seinem Engagement für einen zukunftsweisenden Strukturwandel im Ruhrgebiet wurde er weit über die Grenzen der CDU hinaus wegen seiner Fachkompetenz, die er unter anderem in die Enquete-Kommission „Zukünftige

Entwicklung der Kernenergiepolitik" einbrachte, anerkannt. Bis zu seinem Ausscheiden im Jahre 1990 war Ludwig Gerstein energiepolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Die letzten Jahre seines politischen Wirkens stellte Ludwig Gerstein nach 1990 vor allen Dingen in den Dienst der Überwindung der energiepolitischen Herausforderungen in den neuen Bundesländern. Bis zu seinem Tode zeigte er als Vorsitzender des Bundesfachausschusses Energiepolitik besonderes Interesse an den Aufbau einer umweltgerechten und zukunftssicheren Energieversorgung im Osten Deutschlands. Sein Rat und sein Fachwissen waren hier genauso gefragt wie bei der Vorbereitung der Energiekonsensgespräche, die im vergangenen Jahr zwischen den Parteien geführt wurden.

Ludwig Gerstein als einer der bedeutendsten CDU-Energiepolitiker wird unvergessen bleiben.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN

6. Parteitag der CDU Deutschlands

Zum 6. Parteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands hat der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, nach Bonn eingeladen.

Der Parteitag findet am 28. November im Kongreßzentrum des Hotels Maritim statt.

Neben der Abgabe der satzungsgemäß erforderlichen Berichte, der Beratung und Beschlußfassung zum Grundsatzbeschluß zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der CDU sowie der Wahl der CDU-Mitglieder für den Vorstand der Europäischen Volkspartei steht im Mittelpunkt des Parteitags die Wahl des Bundesvorstands:

- Wahl des Vorsitzenden
- Wahl der 4 Stellvertretenden Vorsitzenden
- Wahl der Bundesschatzmeisterin
- Wahl der 7 weiteren Mitglieder des Präsidiums
- Wahl der weiteren 26 Mitglieder des Bundesvorstands und
- Wahl der Rechnungsprüfer.

Die Berichte sind die des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, der Bericht der Bundesschatzmeisterin, Brigitte Baumeister, der Bericht des Generalsekretärs Peter Hintze, der Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble und der Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments, Günter Rinsche.

Motto des Parteitages:

Deutschland erneuern – Zukunft sichern

UiD
36/1994

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73–75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 5307-0, Telefax (0228) 5307-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 5307-189. **Verlagsleitung:** Bernd Profittlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 38050000), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504 (BLZ 37010050). Abonnementspreis jährlich 52,— DM. Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.